

# Opposition am Ende: Regierungsbeteiligung

Nach dem 15. Januar änderte der Ministerpräsident seine Taktik gegenüber dem Runden Tisch. Der unbequeme Mahner und öffentliche Kritiker der Regierung sollte zum Moderator der Krise (vor allem der Krise der Regierung Modrow) gemacht werden. Am 22. Januar erhöhte Modrow das Einbindungsangebot an den Runden Tisch (also eigentlich an die neuen politischen Vereinigungen) in Form einer Eintrittsaufforderung in die Regierung.

In internen Gesprächen der oppositionellen Gruppierungen und Parteien am 24. und 26. Januar einigten sich das *Neue Forum*, *Demokratie jetzt*, die *Initiative Frieden und Menschenrechte*, die *Grüne Liga*, die *Grüne Partei* und der *Unabhängige Frauenverband* mit den Parteien *Demokratischer Aufbruch* und SPD darauf, den Runden Tisch als Partner von Regierung und Volkskammer bei Gesetzgebungsverfahren aufzuwerten und vom Runden Tisch aus Kandidaten für eine parteiunabhängige Übergangsregierung zu benennen. Modrow wiederum lud für den 28. Januar die Vertreter aller Parteien und Vereinigungen, die am Runden Tisch vertreten waren, in den Johanneshof, das Gästehaus des Ministerrats, ein. Am 27. Januar befürwortete beim Berliner Kongress des *Neuen Forums* eine Mehrheit der Delegierten die schrittweise herzustellende deutsche Einheit und die Einführung der Marktwirtschaft. Der bisher dominierende linke Flügel erlitt eine Niederlage; seine Zuversicht, die größte Oppositionsgruppe zu repräsentieren, war gebrochen.

Am 28. Januar wies Modrow die Vorschläge der Opposition zurück. Er malte das Bild eines bevorstehenden Kollaps' der DDR und präsentierte einen mit Ibrahim Böhme (SPD) abgesprochenen und auf den 18. März vorgezogenen Wahltermin. Nur den „Altparteien“, der mit Westhilfe relativ infrastrukturstarke SPD und dem *Demokratischen Aufbruch* konnte ein früher Wahltermin gelegen kommen. Nur den Altparteien konnte an einer geteilten Verantwortung ohne geteilte Macht gelegen sein. Aber nicht mehr der Runde Tisch, sondern Modrow stellte ein Ultimatum. Nacheinander fielen alle um und suspendierten die gemeinsame Entscheidung vom 26. Januar – zuletzt auch die *Vereinigte Linke*. Entgegen den Erwartungen der Opposition bot Modrow den neuen Teilhabern an seiner „Regierung der nationalen Verantwortung“ keine konkreten Ressorts, sondern nur Ministerposten ohne Geschäftsbereich (die sogenannten Frühstücksmistertühle) an. Er ließ sich auch auf keinerlei Vereinbarungen über die Inhalte der Politik der erweiterten Regierung ein, beteuerte aber, keinen Regierungsschritt mehr ohne Unterbrechung der (nunmehr) ehemaligen Opposition machen zu wollen.



Gründungskonferenz Neues Forum, Berlin am 28. Januar 1990

Mit der Geburt der dubiosen „Regierung der nationalen Verantwortung“ hatten vor allem Modrow, seine SED-PDS (mitsamt ihrer Satelliten LDPD und NDPD) und die CDU (vielleicht noch nebst *Demokratischem Aufbruch*) gewonnen. Alle anderen hatten draufgezahlt. Die entscheidenden Schaltstellen kontrollierte nach wie vor seine Mannschaft. Deshalb konnte er schon zwei Tage später seine Zusicherung, jede wichtige Entscheidung mit den neuen politischen Gruppen abzustimmen, freimütig brechen: Überraschend verkündete er auf eigene Faust bei seinem Gorbatschow-Besuch in Moskau sein Programm „Deutschland einig Vaterland“, um sich als Regierungschef auch an die Spitze dieses vor ihm abgefahrenen Zuges zu setzen.

Die *Vereinigte Linke* zog wegen dieses Wortbruchs ihre voreilige Zusage auf Benennung ihres Vertreters in der Regierung der nationalen Verantwortung zurück. Die anderen Bürgerbewegungen und neuen Parteien tangierte dies nicht: Modrows Wortbruch lag im Trend ihrer eigenen Neuprofilierung. Die SPD, der *Demokratische Aufbruch*, das *Neue Forum*, *Demokratie jetzt*, die *Initiative Frieden und Menschenrechte*, der *Unabhängige Frauenverband*, die *Grüne Partei* und die *Grüne Liga* nominierten ihre Minister ohne Geschäftsbereich, welche am 5. Februar von der Volkskammer abgesegnet wurden. Am selben 5. Februar bildeten in Anwesenheit von Bundeskanzler Kohl die CDU, die DSU und der *Demokratische Aufbruch* ihre „Allianz für Deutschland“.

Die Wandlungen im oppositionellen Spektrum waren bemerkenswert. Nachdem das konservative Wahlbündnis Allianz für Deutschland von CDU, *Demokratischem Aufbruch* und *Deutscher Sozialer Union* unter Schirmherrschaft von Kohls West-CDU den demokratischen Ritterschlag für eine Blockpartei vorgeführt hatte, dealten auch die anderen Blockparteien um geeignete Partner

in West und Ost. Das „Bündnis der Bürgerbewegungen“ *Bündnis 90* grenzte sich nach links ab und hatte sich auf das *Neue Forum*, die *Initiative für Frieden und Menschenrechte* und *Demokratie jetzt* reduziert. Die SDP setzte – nach ihrer Konversion zur SPD am 13. Januar – offen auf ihren Westpartner und verabschiedete sich aus dem Bündnis. In der offensichtlichen Übereinstimmung fast aller politischen Kräfte in den Fragen von Marktwirtschaft und deutscher Einheit konnte aber nur die Koalition am erfolgreichsten sein, die am konsequentesten vertrat, worauf sich fast alle schon festgelegt hatten: Die Herbeiführung der deutschen Vereinigung. Der Wahlkampf war entschieden, bevor er begonnen hatte.

## *Aus der Stellungnahme der Vereinigten Linken zur Modrow-Erklärung:*

Das Bekenntnis des Ministerpräsidenten zu einem „Deutschland einig Vaterland“ überschreitet gleich dreifach Grenzen linker Politik. Erstens ist eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft nicht machbar, ohne sofort zwei Drittel der Betriebe zu ruinieren ... Selbst Westeuropa hat, trotz viel geringeren Produktivitätsgefälles nach 40 Jahren noch keine Währungsunion erreicht. Zweitens verstärkt diese wirtschaftsstrategisch unsinnige Position die Illusionen von Millionen Bürgern, daß ein Direktanschluß an die BRD und die D-Mark als Binnenwährung bundesdeutschen Lebensstandard sichern könne, statt sachkundig gegen diese Illusion aufzutreten. ... Der jetzt vorgelegte Plan von Modrow läuft wirtschaftspolitisch nicht auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinaus, sondern auf den bloßen Anschluß der DDR an die Wirtschaftsmacht Bundesrepublik Deutschland. Drittens hat die Regierung diese Position wiederum ohne Austausch, Beratung und Abstimmung mit den am Runden Tisch versammelten Kräften entwickelt.